



# Protokoll der 1. Sitzung des Einwohnerrats

Freitag, 23. Februar 2024, 20:00 Uhr bis 22:25 Uhr  
Jakob und Emma Windler-Saal

|                      |                        |           |                         |
|----------------------|------------------------|-----------|-------------------------|
| Vorsitz              | Waltraud Zepf Getto    | SP        | Präsidentin             |
| Anwesende Mitglieder | Boris Altmann          | parteilos |                         |
|                      | Carolina Bächli        | Pro Stein | Stimmenzählerin         |
|                      | David Böhni            | SVP       |                         |
|                      | Claudio Götz           | Pro Stein |                         |
|                      | Werner Käser           | FDP       | Erster Vizepräsident    |
|                      | Nicole Lang            | parteilos |                         |
|                      | Beat Leu               | GLP       |                         |
|                      | Ruth Metzger           | SVP       |                         |
|                      | Peter Spescha          | SP        |                         |
|                      | Christoph Stamm        | GLP       |                         |
|                      | Roman Suter            | FDP       |                         |
|                      | Markus Vetterli        | SP        | Stimmenzähler           |
|                      | Ulrich Böhni           | GLP       | Finanzreferent          |
|                      | Christian Gemperle     | parteilos | Baureferent             |
|                      | Irene Gruhler Heinzer  | SP        | Werkreferentin          |
|                      | Carla Rossi            | parteilos | Gesellschaftsreferentin |
|                      | Corinne Ullmann        | SVP       | Stadtpräsidentin        |
|                      | Timo Bär               |           | Stadtschreiber          |
|                      | Robert Grötchen        |           | Weibel                  |
| Abwesende Mitglieder | Cornelia Dean-Wüthrich | SP        |                         |
|                      | Daniel Ochsner         | SVP       | Zweiter Vizepräsident   |
| Protokoll            | Philipp Baumberger     |           |                         |

## Traktandenliste

1. Protokollgenehmigung 17. November 2023
2. Protokollgenehmigung 15. Dezember 2023
3. Abrechnung Planungskredit des hindernisfreien Zugangs zu den Schiffen (öffentlicher Verkehr) an der Schifffländi
4. Bauabrechnung Sanierung der Schifffländi und die Erstellung des hindernisfreien Zugangs zu den Schiffen
5. Bericht und Antrag zum Postulat «Eintritt für das Strandbad «Riipark» Stein am Rhein mit einem möglichst hohen Kostendeckungsgrad bei Betrieb und Unterhalt»
6. Orientierungsvorlage: «Landwirtschaftliche Strategie Stadt Stein am Rhein»

## 7. Informationen und Umfrage

## 1. Protokollgenehmigung 17. November 2023

**Peter Spescha, SP:** Er hat eine Korrektur zu Seite 114 und wünscht folgende Änderung. Der Satz «Er begrüsst den Hinweis auf das Handbuch der Altstadt, da dort wichtige Informationen vorhanden sind, wie zum Beispiel Diebstahl und Witterungsschutz, Zufahrt etc.» sollte wie folgt geändert werden: «Er begrüsst den Hinweis auf das Handbuch «Veloparkierung» des ASTRA, da dort wichtige Informationen vorhanden sind, wie zum Beispiel Diebstahl und Witterungsschutz, Zufahrt etc.»

### Der Einwohnerrat beschliesst:

Der Berichtigungsantrag wird einstimmig genehmigt.

### Der Einwohnerrat beschliesst:

Das Protokoll der Sitzung vom 17. November 2023 wird einstimmig genehmigt.

---

## 2. Protokollgenehmigung 15. Dezember 2023

### Der Einwohnerrat beschliesst:

Das Protokoll der Sitzung vom 15. Dezember 2023 wird einstimmig genehmigt.

---

## 3. Abrechnung Planungskredit des hindernisfreien Zugangs zu den Schiffen (öffentlicher Verkehr) an der Schiffländi

### Vorstellung Traktandum

**Baureferent Christian Gemperle:** Er möchte sich kurzhalten, da es heute noch viele Infos gibt. Im nächsten Traktandum, in welchem es um die Bauabrechnung geht, möchte er mehr berichten. Der Stadtrat unterbreitet dem Einwohnerrat die Abrechnung für den Planungskredit des hindernisfreien Zugangs zu den Schiffen (öffentlicher Verkehr) an der Schiffländi zur Genehmigung und empfiehlt, die Abrechnung in Höhe von CHF 357'762.22 mit Minderkosten, von CHF 37'237.78 gegenüber dem bewilligten Planungskredit, zu genehmigen.

### Bericht Kommission

**Werner Käser, FDP, GPK:** Die GPK hat einen gemeinsamen Bericht zur Abrechnung Planungskredit des hindernisfreien Zugangs zu den Schiffen (öffentlicher Verkehr) an der Schiffländi sowie zur Bauabrechnung Sanierung der Schiffländi und die Erstellung des hindernisfreien Zugangs zu den Schiffen erstellt. Die Angaben können dort entnommen werden. Die GPK empfiehlt dem Einwohnerrat die Abrechnung Planungskredit des hindernisfreien Zugangs zu den Schiffen (öffentlicher Verkehr) an der Schiffländi in Höhe von CHF 357'762.22, mit Minderkosten von CHF 37'237.78 gegenüber dem bewilligten Planungskredit, zu genehmigen.

### Eintreten

**Beat Leu, GLP, Bürgerliche Fraktion:** Die Bauabrechnung ist für die Bürgerliche Fraktion die logische und richtige Konsequenz, damit die einzelnen Projekte, wie zum Beispiel Schiffländi, Rheinufer und weitere, buchhalterisch neu aufgelegt werden können. Die Bürgerliche Fraktion ist für Eintreten.

**Boris Altmann, parteilos, SP-Fraktion:** Es wurden viele Sachen umgesetzt und diverse Planungen gemacht. Die SP-Fraktion ist auch für Eintreten und stützt die Meinung der Bürgerlichen Fraktion.

### **Detailberatung**

Es wird keine Detailberatung gewünscht.

### **Der Einwohnerrat beschliesst:**

Die Abrechnung Planungskredit des hindernisfreien Zugangs zu den Schiffen (öffentlicher Verkehr) an der Schifffländi wird einstimmig genehmigt.

---

## **4. Bauabrechnung Sanierung der Schifffländi und die Erstellung des hindernisfreien Zugangs zu den Schiffen**

### **Vorstellung Traktandum**

**Baureferent Christian Gemperle:** Diese Kreditabrechnung ist umfassender. Im Jahr 2019 hat das Stimmvolk den Kredit über 2.5 Millionen Franken genehmigt. Dieser war unterteilt in verschiedene Unterbereiche wie der hindernisfreie Zugang, der Abbruch vom alten Schifffländi-Gebäude, Platzinstandstellung mit der Ufermauer und Werksanierung sowie der Infrastruktur, welche installiert wurde. Weiter gehören auch die externen Honorarkosten dazu.

Mit dem Erhalt der kantonalen Baubewilligung wurde festgestellt, dass Mehrkosten gegenüber den bewilligten Baukosten für die Sanierung des URh-Gebäudes aufgrund von energietechnischen Auflagen in Höhe von CHF 248'000.00 entstehen werden. Aus arbeitsrechtlicher Sicht muss die Stadt das URh-Gebäude isolieren und heizen, weil es im Gebäude einen Arbeitsplatz gibt. Dieser Arbeitsplatz wurde vom Kanton als ganzjähriger Arbeitsplatz eingestuft. Dies hat zu den erwähnten gebundenen Ausgaben geführt.

Durch den hindernisfreien Zugang hat es keine grossen Veränderungen gegeben, ausser wie bereits erwähnt, beim Gebäude selber, wo es gebundene Ausgaben gegeben hat. Beim Abbruch des Gebäudes gab es weitere Mehrkosten, da das Gebäude ein starkes Fundament hatte. Der Abbruch ging somit länger und die Entsorgung war teurer. Die Sanierung der Ufermauer war auch eine sehr aufwendige Angelegenheit. Es gab jedoch auch Minderausgaben, wie zum Beispiel für Infrastrukturanlagen bei Wasser-, Werk-, Elektrizitäts- oder Kanalisationsleitungen. Diese sind grösstenteils gebührenfinanziert. Weiter wurde die Suumetzg neu wohnungstauglich gemacht und es wurde auch eine Platzinstallation durchgeführt, damit bei Veranstaltungen Strom und Wasser zur Verfügung stehen.

Ein grosser Teil dieses Projekts wurde durch das Geschenk der Jakob und Emma Windler-Stiftung finanziert. Ein herzliches Dankeschön an die Stiftung.

Der Stadtrat unterbreitet dem Einwohnerrat die Bauabrechnung für den Baukredit der Sanierung der Schifffländi und die Erstellung des hindernisfreien Zugangs zu den Schiffen zur Genehmigung und empfiehlt, die Bauabrechnung in Höhe von CHF 2'704'425.86, mit Mehrkosten von CHF 204'425.86 gegenüber dem bewilligten Baukredit, zu genehmigen.

### **Bericht Kommission**

**Werner Käser, FDP, GPK:** Die GPK hat einen ausführlichen Bericht zur Bauabrechnung Sanierung der Schifffländi und die Erstellung des hindernisfreien Zugangs zu den Schiffen erstellt. Die Bauabrechnung wurde geprüft und mit dem Finanzreferenten besprochen. Die GPK empfiehlt dem Einwohnerrat die Bauabrechnung für den Baukredit der Sanierung der Schifffländi und die Erstellung des hindernisfreien Zugangs zu den Schiffen in Höhe von CHF 2'704'425.86, mit Mehrkosten von CHF 204'425.86

gegenüber dem bewilligten Baukredit, zu genehmigen.

### **Eintreten**

**Beat Leu, GLP, Bürgerliche Fraktion:** Die Bürgerliche Fraktion ist für Eintreten.

**Boris Altmann, parteilos, SP-Fraktion:** Die SP-Fraktion ist für Eintreten.

### **Detailberatung**

**Claudio Götz, Pro Stein:** Er hätte es befürwortet, wenn der Stadtrat einen Marschhalt gemacht hätte, anstatt die Ausgaben zu sprechen. Er geht davon aus, dass die URh dies nicht refinanzieren kann und er stellt in den Raum, ob es den URh-Kiosk wirklich braucht. Er findet es schade, dass die Ausgaben bewilligt wurden.

**Finanzreferent Ueli Böhni:** Er hat Verständnis für das Anliegen. Als Finanzreferent ist er selbst immer sehr kritisch, gebundene Ausgaben als gebunden zu bezeichnen. Das Ganze steht nicht im Zusammenhang mit den Verträgen mit der URh. Die Kosten sind jedoch gebunden gemäss Finanzhaushaltsgesetz, weil sie durch Auflagen übergeordneter Behörden entstanden sind. Weiter kann nicht einfach ein Teil eines Gesamtprojekts gestoppt werden. Ein Projektstopp wäre erforderlich gewesen, wenn man der Ansicht gewesen wäre, dass es sich nicht um gebundene Ausgaben handelt. Man hätte einen Nachtragskredit einholen müssen. Dies hätte Auswirkungen auf den Start der URh-Saison gehabt. Dies waren die Gründe, warum die Ausgaben als gebunden erklärt wurden.

### **Der Einwohnerrat beschliesst:**

Die Bauabrechnung über die Bruttokosten von CHF 2'704'425.86 für den Baukredit der Sanierung der Schifffländi und die Erstellung des hindernisfreien Zugangs zu den Schiffen wird einstimmig genehmigt.

---

## **4. Bericht und Antrag zum Postulat «Eintritt für das Strandbad «Riipark» Stein am Rhein mit einem möglichst hohen Kostendeckungsgrad bei Betrieb und Unterhalt»**

### **Vorstellung Traktandum**

**Finanzreferent Ulrich Böhni:** Vor knapp einem Jahr wurde das Postulat «Eintritt für das Strandbad «Riipark» Stein am Rhein mit einem möglichst hohen Kostendeckungsgrad bei Betrieb und Unterhalt» vom Einwohnerrat überwiesen. Die Stadt hat sich anschliessend sofort an die Arbeit gemacht, um den Auftrag zu erfüllen. Es wurde schnell festgestellt, dass mehr Zeit für die Bearbeitung benötigt wird. Aus diesem Grund hat der Stadtrat am 30. Juni 2023 eine Verlängerung bis am 29. Februar 2024 beantragt, welche der Einwohnerrat genehmigt hat. Der Stadtrat hat beschlossen, dass das Fachbüro für Bäder SBSH Bauherrenberatungen mit dem Experten Thomas Spengler herangezogen wird, um das Geschäft zu prüfen. Es wurde auch entschieden, alle Badeanlagen anzuschauen, wenn man sich bereits dieser Thematik annimmt. Die Schlussfolgerungen wurden mit dem Experten und dem Bereichsleiter Hochbau erarbeitet und verabschiedet. Bei den Bädern entsteht jährlich ein Defizit zwischen CHF 130'000.00 und CHF 160'000.00. In einzelnen Jahren sogar bis CHF 190'000.00. Der Betriebsaufwand setzt sich aus betrieblichen Kosten, Abschreibungskosten und laufenden Unterhaltskosten zusammen. Der Zuschuss variiert und zeigt eine leichte Abnahmetendenz, hauptsächlich aufgrund der Betriebskosten. Die Abschreibungskosten sind gemäss HRM2 auf CHF 40'000.00 festgelegt, während die Unterhaltskosten stark variieren, abhängig von den Sanierungsmassnahmen. Im Jahr 2014 stand eine Sanierung des Bades an, was zu erhöhten Unterhaltskosten führte. Die Betriebskosten bewegen sich zwischen CHF 90'000.00 und CHF 100'000.00 pro Jahr und zeigen insgesamt einen leichten Rückgangstrend.

Es wurden verschiedene Betriebsmodelle geprüft. Ein Betrieb ohne Pacht mit einem Betriebsleiter als Bademeister (ursprüngliche Betriebsform bis im Jahr 2014) und Eintrittspreisen, Betrieb mit Pacht wie heute bestehend ohne Eintrittspreisen und einem Betrieb mit Pacht und Einführung von Eintrittspreisen.

Wenn Eintritt ins Strandbad verlangt wird, begründet dies einen Vertrag mit Gästen. Eine vertragliche Haftung entsteht zwischen der Werk- und Grundeigentümerin sowie jedem Besucher. Die Folge ist, dass ein permanenter Bademeister während der Öffnungszeiten erforderlich ist, unabhängig ob die Zusatzanlagen offen oder geschlossen sind. Der Betrieb lässt sich im Vergleich zu jetzt wirtschaftlicher führen, wenn Eintrittsgebühren eingeführt werden, wobei Investitionen von etwa CHF 55'000.00 nötig wären, dazu werden etwa 150 Stellenprozent für Bademeisterinnen und Bademeister während fünf Monaten benötigt. Die zusätzlichen Mehrkosten, abzüglich der jetzigen Kosten, werden auf CHF 24'000.00 geschätzt. Die Eintrittsgebühren sind schwer abzuschätzen, aber eine detaillierte Analyse ergab, dass mit etwa CHF 30'000.00 gerechnet werden kann, unter der Annahme das Steinerinnen und Steiner gratis Eintritt haben. Im Grossen und Ganzen führt das zu einem Nullsummenspiel. Die Einführung von Eintrittspreisen würde den Betrieb nicht wirtschaftlicher machen. Zwar ist aus Expertensicht die heutige Betriebsorganisation und Leistungsvereinbarung optimal gelöst und bringt der Stadt gute Leistungen, aber es besteht ein Nettoaufwand der Stadt. Der Stadtrat ist sich einig, dass vielmehr die Wirtschaftlichkeit mit der vollen Berücksichtigung der real erwirtschafteten Parkeinnahmen zu verbessern wären. Erst seit dem Jahr 2022 wird die Betriebsrechnung der Bäderanlagen durch eine Belastung des Parkplatzfonds in Höhe von lediglich CHF 15'000.00 entlastet. Gemäss Analyse der Firma SBSH Bauherrenberatungen müsste die Betriebsrechnung durch direkte Parkgebühren mit mindestens CHF 30'000.00 entlastet werden. Diese Kalkulation ist eher zurückhaltend, da mit der heutigen Parkplatzbewirtschaftung eine exakte Differenzierung der Parkierungszugehörigkeiten nicht möglich ist. Berücksichtigt man die Tatsache, dass rund  $\frac{2}{3}$  der Besucherinnen und Besucher von auswärts kommen, müssten rund  $\frac{2}{3}$  des Nettoaufwandes für die Bäder als Tourismusinvestition dem Parkplatzfonds belastet werden (total rund CHF 100'000.00). Um also den Kostendeckungsgrad der Bäder zu verbessern, wären gemäss Analyse die Parkgebühren zu erhöhen und die Parkkarten für Auswärtige zu überdenken.

Im Espi wurden weiter sicherheitstechnische Mängel festgestellt, die behoben werden müssen. Diese Mängel sollten schnellstmöglich behoben werden, um die Situation vor dem Saisonstart zu bereinigen. Der Steg ist heute nicht mehr vertretbar. Es wurde ein Vorschlag erarbeitet, welcher nun weiter geprüft wird. Das Ganze geschah unter Beizug des Bademeisters, welcher diese Massnahmen ebenfalls unterstützt. Die Behebung der Mängel kann nicht auf das Jahr 2025 verschoben werden. Das Projekt und der Finanzbedarf werden zurzeit ausgearbeitet. Alles was sinnvoll ist und warten kann, wird aber ins Budget genommen. Die Detailplanungen liegen in Kürze vor. Bei der Stegsanierung sind Kompensationsmassnahmen geplant wie zum Beispiel grössere Plattformen. Es müssen auch andere wichtige Sicherheitsmassnahmen wie eine Sicherheitslinie, ein Alarmierungssystem und die Anschaffung eines Rettungsbretts geprüft werden. Es sollte auch einen Ausstieg mit Geländer geben, da das Hinterwasser von West nach Ost fliesst. Dies sollte bis zu Saisonbeginn umgesetzt werden.

## **Eintreten**

**Christoph Stamm, GLP, Bürgerliche Fraktion:** Die Bürgerliche Fraktion ist für Eintreten.

**Peter Spescha, SP, SP-Fraktion:** Die SP-Fraktion ist für Eintreten.

## **Detailberatung**

**David Böhni, SVP:** Wenn man zukünftig westwärts herausläuft Richtung Sprungturm und dort ein Geländer montiert wird, könnte man zukünftig nicht auch am Steg Richtung Espi ein Sicherheitsgeländer anbringen? Es kann auch dort zu Stürzen ins Espi kommen. Die Höhe und Tiefen sollten dort etwa gleich sein.

**Finanzreferent Ulrich Böhni:** Wenn man das so machen möchte, wäre ein engmaschiges Geländer erforderlich. Auch müsste das Geländer so hoch sein, dass man erst ab einem gewissen Alter darüber klettern kann. Der Sicherheitsberater hat davon abgeraten.

**Christoph Stamm, GLP:** Er findet es super, dass gleich alles in die Waagschale geworfen und angeschaut wird. Was er noch nicht versteht, was ist der Unterschied zwischen der jetzigen Aufsichtspflicht und der einer Bademeisteraufsichtspflicht? Zurzeit wird auch Aufsicht gemacht für CHF 32'000.00.

**Finanzreferent Ulrich Böhni:** Man hat eine Bademeisterpflicht, wenn die Zusatzanlagen (Sprungturm und Schwimmbad) offen sind. Die Stadt hat dann eine erhöhte Schutzpflicht. Es reicht nicht aus, wenn der Vater oder die Mutter da ist. Es braucht dann eine Bademeisteraufsicht. Wenn die Badeaufsicht nicht da ist, müssen die Anlagen geschlossen und abgedeckt werden. Wird Eintritt verlangt, muss ein Bademeister die ganze Zeit vor Ort sein. Die Anzahl der benötigten Bademeister hängt von der Grösse des Bades ab. Es kann auch nicht sein, dass ein Bademeister zusätzlich etwas serviert oder die Toiletten reinigt. Es muss immer eine Zweitperson anwesend sein, welche nur die Aufsicht macht, von Anfang bis Ende. Man könnte auch diskutieren, ob es eine zweite Aufsichtsperson benötigt, da das Bad relativ gross ist. Dies ist ebenfalls die Meinung der Experten. Die Kostendifferenz bezieht sich darauf, dass ein erhöhtes Arbeitspensum von 150 % über sieben Tage hinweg während den Öffnungszeiten benötigt wird und zwar für einen Zeitraum von fünf Monaten sowie einen halben Monat davor und danach.

**Boris Altmann, parteilos:** Betreffend Sicherheit findet er es ein gutes Argument. Er kann dem gut folgen. Was ihn wunder nimmt, warum zahlt die Stadt Wassergebühren? Es handelt sich doch wie um einen anderen Betrieb.

**Finanzreferent Ulrich Böhni:** Das ist eine Rechnungslegungsfrage. Das Wasser für das Bad wird entsprechend verrechnet. Beispielsweise wurde vor drei Jahren die Stelle des Bereichsleiters Tiefbau geschaffen, die Kosten dieser Stelle sind über das ganze Budget verteilt. Auch wurden bei Veranstaltungen früher keine Gebühren erhoben, heute wird alles gegenverrechnet. Dies ist bei anderen Gemeinden auch so. Wenn ein Aufwand für eine Veranstaltung entsteht, wird das auch entsprechend verbucht. Das schafft Transparenz.

**Boris Altmann, parteilos:** Wird das ins Defizit eingerechnet? Es belastet ja auch den Parkplatzfonds.

**Finanzreferent Ulrich Böhni:** Es handelt sich um eine Rechnungslegungsfrage. Wenn das Bad nicht mehr offen ist, würden lediglich keine Kosten mehr entstehen.

**Boris Altmann, parteilos:** Er kann dem nun gut folgen. Er findet, dass sich die Steinerinnen und Steiner langsam verdrängt fühlen, daher kommen diese Fragen. Die Stadt subventioniert ein grosses Angebot für verschiedene, auswärtige Leute. Das wird zunehmend zu einem Thema.

**Christoph Stamm, GLP:** Er findet den Bericht sehr überzeugend, auch in finanzieller Hinsicht. Er unterstützt auch den Ansatz, gegen die Subventionierung anzugehen, indem man die Parkgebühren erhöht. Je früher, desto besser.

**Claudio Götz, Pro Stein:** Er möchte sich diesen Voten anschliessen. Er findet es gut, dass Einheimische keinen Eintritt zahlen. Die meisten Steinerinnen und Steiner kommen auch mit dem Fahrrad. Daher zahlen sie auch keine Parkgebühren. Auswärtige, welche es sich leisten wollen, kommen mit dem Auto und zahlen einen Parkplatz. Betreffend Espi fühlt er sich ein wenig überfahren. An der Fraktionssitzung wurden über den Mittelsteg diskutiert, der abgebrochen werden soll. Er sieht den Vorschlag nun zum ersten Mal. Kann ausgeführt werden, wie die geplanten Sofortmassnahmen aussehen?

**Finanzreferent Ulrich Böhni:** Zur Aussage von Boris Altmann: Wenn man sicherstellen will, dass der Platz durch fremde Gäste weniger belastet wird, müsste man Gebühren erheben als Lenkungsmassnahme. Das wäre ein Nullsummenspiel. Die Möglichkeit besteht aber, mittels Lenkungsmassnahme etwas zu machen.

Zur Aussage von Claudio Götz: Die Sofortmassnahmen müssen sorgfältig überlegt werden. Als Ersatz für den Mittelsteg sollen erhöhte Aufenthaltsmöglichkeiten geschaffen werden. Alles ausserhalb der Niederwasserzone bietet die Möglichkeit, erhöhte Aufenthaltsmöglichkeiten zu schaffen. Es wird auch

geprüft, ob der Steg verbreitert werden kann, um einen besseren Durchgang zu ermöglichen. Dem Stadtrat geht es darum, dass dem Einwohnerrat bewusst ist, dass das ganze ernst genommen und so schnell wie möglich umgesetzt wird, um eine attraktive und sichere Badeanstalt bei Saisonöffnung zu haben.

**Claudio Götz, Pro Stein:** Wird die Verbreiterung auf diese Saison umgesetzt?

**Finanzreferent Ulrich Böhni:** Ja, da sowieso etwas gemacht werden muss wegen der Abstützung. Diese Treppe ist eine sicherheitsrelevante Geschichte, da man Hinterwasser nach Osten hat. Es ist schwierig dort rauszukommen. Auch die Abgrenzungskette muss flexibel gestaltet werden. Je nach Wasserstand muss diese verschoben werden können. Ein Alarmsystem für den Bademeister mit Watch ist auch geplant sowie die Anschaffung eines Rettungsbretts, da man auch ausserhalb des Gatters Personen retten muss. Dies ist auch bereits vorgekommen. Es ist dem Finanzreferenten ein Anliegen, dass dies sofort umgesetzt wird, damit das Angebot attraktiv bleibt. Er versteht aber das Anliegen, dem Stadtrat ist es auch so ergangen.

**Werner Käser, FDP:** Er ist dankbar für die Informationen und dass der Stadtrat handelt.

**Peter Spescha, SP:** Er war in der Vergangenheit immer der, welcher sich zu diesen Kosten geäussert hat, darum möchte er auch etwas dazu sagen. Er dankt für den guten Bericht und sieht das Nullsummenspiel ein, um welche es sich handelt. Er wird in Zukunft keine Fragen mehr zu diesen Kosten stellen.

**Beat Leu, GLP:** Die Parkplatzgebührenerhöhung befürwortet er. Ist es möglich, speziell im Rheinpark die Gebühren bereits auf diesen Sommer zu erhöhen oder muss alles miteinander gemacht werden?

**Finanzreferent Ulrich Böhni:** Es gibt ein Reglement, welches der Einwohnerrat verabschiedet hat. Durch dieses Reglement erhält der Stadtrat die Kompetenz, die Parkgebühren um CHF 1.50 zu erhöhen. Die Frage wäre zu diskutieren. Es geht grundsätzlich aber um eine gesamte Überarbeitung.

**Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer:** Es geht um die Monatskarten, die bisher für CHF 30.00 pro Monat erhältlich waren. Es ist geplant, dass Auswärtige diese nicht mehr erwerben können. In der Vergangenheit gab es auswärtige Personen, die im Juli und August mit einer Monatskarte am Strandbad parkierten und dann kostenlos das Strandbad nutzen konnten.

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Die Regel wurde per 7. Februar 2024 eingeführt. Ab diesem Datum werden Monatsparkkarten nur noch an Einheimische und in Stein am Rhein erwerbstätige Personen verkauft.

**Finanzreferent Ulrich Böhni:** Noch eine kurze Ergänzung. Wo und wie lange man zu welchem Preis parkieren kann, variiert stark. Diese Regelungen müssen ebenfalls angepasst werden und es wird einige Monate dauern. Dafür wird es eine Vorlage an den Einwohnerrat geben.

**Boris Altmann, parteilos:** Welche Mindereinnahmen sind zu erwarten, wenn die Regelung für Parkscheiben angepasst wird und diese Anpassung nicht durch eine Erhöhung der Stundengebühren auf anderen Parkplätzen kompensiert wird? Die Karte scheint ein Renner gewesen zu sein.

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Es geht nicht um die 2-Stunden-Parkplatzkarten, sondern um die Monatsparkkarten für CHF 30.00. Nur die Regelung dieser Parkkarte wird angepasst.

#### **Der Einwohnerrat beschliesst:**

Das Postulat «Eintritt für das Strandbad «Riipark» Stein am Rhein mit einem möglichst hohen Kostendeckungsgrad bei Betrieb und Unterhalt» wird einstimmig abgeschrieben.

---

## 5. Orientierungsvorlage: «Landwirtschaftliche Strategie Stadt Stein am Rhein»

### Vorstellung Traktandum

**Finanzreferent Ulrich Böhni:** Er präsentiert die Landwirtschaftliche Strategie Stadt Stein am Rhein anhand einer PowerPoint-Präsentation.

### Detailberatung

**Markus Vetterli, SP:** Die SP hat intensiv um dieses Thema gerungen und Abklärungen gemacht im weiteren Umfeld. Er möchte aus Sicht der SP eine Stellungnahme zu diesem Thema verlesen, zu welchem der Prozess aus heutiger Sicht noch nicht abgeschlossen ist.

Zur Landwirtschaftsstrategie:

Die SP kann der Situationsanalyse des Stadtrats weitgehend folgen und anerkennt die vielschichtigen Ansprüche und komplexen Situationen, die es insgesamt anzugehen gilt. Die Absicht der Gesamtstrategie zu diesem Zeitpunkt ist positiv zu beurteilen.

In einem Punkt hat die SP, auch nach Gesprächen mit diversen Informanten, eine andere Wahrnehmung als der Stadtrat. Die Besitztümer der Stadtrat wurden in einer Präsentation in mehreren Punkten in ein schlechtes Licht gerückt. Auffälligstes Beispiel ist die Scheune im Oberwald, die abgebrochen werden muss. Der Pächter hat gemäss übereinstimmenden Aussagen den Dachstock durch entfernen wichtiger Balken und Streben geschwächt. Dies wäre dann keine Bauauffälligkeit, die die Stadt zu tragen hat, sondern ein Haftpflichtfall. Da erwartet die SP offene Antworten vom Referenten und die Durchsetzung des öffentlichen und finanziellen Interessens.

Inhaltlich zur Strategie: Dass die Landwirtschaftsbetriebe in Stein eine gute Zukunft haben sollen, diese ökologisch sein soll und der Stadtrat dabei auch versucht, mit Landtausch eine Entwicklungsfläche für die Gemeinde freizuspielen, ist verständlich und an sich sinnvoll, wie auch viele weitere Teile der Strategie. Die SP wünscht gemäss ihrem Vorstoss in der letzten Legislatur eine klare Bio-Strategie, und es ist erfreulich, dass nachdem Rebbaubauer Thomas Böhni lange einsamer Pionier war, nun bereits je zwei Acker- und zwei Rebbaubetriebe biologisch wirtschaften, dazu einer regenerativ. Die Zeit ist reif für Bio. Gerade auch die Landschaftskammer Ober-/Unterwald ist dafür prädestiniert.

Die SP steht der Strategie in Teilen kritisch gegenüber, insbesondere sind gewisse Ansätze auf Alternativen zu hinterfragen.

Voraus dies: Es geht hier um ein Jahrhundertgeschäft: Um grossflächigen Verkauf von Landwirtschaftsland der öffentlichen Hand an Landwirte – Land, das teils seit Jahrhunderten der Stadt gehört. Es ist klar und wird auch in der Strategie geschildert, dass langfristig auch in Stein am Rhein die Bauzonen immer grösser wurden, und zwar, weil der Wald geschützt ist, immer auf Kosten des Landwirtschaftslands, seien das Fruchtfolgeflächen oder Hanglagen. Die Chance, dass sich dies in Zukunft wiederholen könnte, zeigt wie wertvoll der Landwirtschaftsbesitz ist und nur an Private übergeben werden sollte, wenn das alternativlos wäre. Weil er nicht nur ökonomisch, sondern auch gestalterisch enorm wertvoll ist. Selbst wenn das dem Stadtrat sehr zentrale raumplanerische Ziel «Areal Baumgarten als öffentliches Entwicklungsareal» hoch gewichtet wird, ist zu fragen, wie viel Land mitzutauschen ist, z.B. Naturschutzflächen, die in Geld nicht viel wert sind und die Baumgarten Tauschrechnung kaum entlasten dürfte.

Die SP kommt zum Schluss, dass der Satz in der Botschaft, (Zitat) «dass es nicht Aufgabe der öffentlichen Hand sein kann, Landwirtschaft zu betreiben» letztlich irrelevant ist. Die Stadt hat auch jetzt keine Landwirtschaft betrieben. Das ist Sache der Pächter, aber die Stadt kann das Land behalten. Wer besitzt, ist am Drücker, wer nicht, ist Bittsteller. Dies zeigt sich gerade im aktuellen Fall, wo das Land teils als Tauschpfand eingesetzt werden soll.

Umgekehrt war die ökonomische Situation mit den gesetzlich vorgeschriebenen sehr bescheidenen Pachteinahmen, die in keiner Weise den Investitionsbedarf decken konnten, für die Gemeinde in den letzten Jahrzehnten höchst unbefriedigend. Deshalb ist die Frage nach Alternativen zum grossflächigen Verkauf Rhygüetli zentral.

Nicht berücksichtigt wurde, dass die Flächen der Walderhöfe für die Gemeinde auch bezüglich Solarenergie eine zentrale Zukunftsressource sein können: dort herrscht eine 10 % höhere Jahreseinstrahlung gegenüber den Lagen am Rhein, was speziell eine erhöhte Winterproduktion in Nebelzeiten einschliesst.

Nach Auskunft von landwirtschaftlichen Experten ist auch folgende Lösung möglich, die für Stein aus Sicht SP wesentlich vorteilhafter wäre:

Landwirtschaftsland wie auch die Gebäude werden mit Baurechtsverträgen z.B. über 30 Jahre an eine/n Pächter/in abgegeben. Die Pachtenden sind gemäss Vertrag für den Unterhalt der Gebäude zu 100 % selbst verantwortlich. Der Pachtzins wird entsprechend angepasst. Diese Lösung ist für Stein wohl weit vorteilhafter, weil sie den Besitz als absolute Zukunftsressource behält, gleichzeitig aber kleineren wirtschaftlichen Risiken ausgesetzt ist. Nach Ansicht der Experten besteht ein Markt für, respektive Interesse an solchen Pachten, wobei sicher bei vergleichbarem Angebot Einheimische zu bevorzugen wären.

Fazit: Die Stadt hat in erster Linie die öffentlichen Interessen der Allgemeinheit wahrzunehmen, in deutlich zweiter Priorität die Interessen der Landwirte nach Wahrung ihrer eigenen Interessen einzubeziehen. Dies heisst, das Land mit hoher Priorität zu behalten und keinen Tauschgeschäften zuzustimmen, wo für wenige Tausend Quadratmeter über 100'000 Quadratmeter abgegeben werden.

Zum Prozess:

Die SP anerkennt die sehr grosse und seriöse Arbeit, die hier geleistet wurde. Allerdings wurde mit dem Einbezug eines Experten, der nach Auskunft eines Insiders öfters das Interesse der Landwirtschaft vertritt, in sehr kleiner Runde gearbeitet. Dies wird aus Sicht SP dem Jahrhundertcharakter dieses Geschäfts nicht gerecht, wo das öffentliche Interesse zentral sein muss.

Grosse Landgeschäfte bedürfen auch in der Erarbeitung der breiten und transparenten politischen Abstützung. Es macht wenig Sinn, ein Siedlungsleitbild breit abzustützen, wo die öffentlichen Handlungsspielräume doch recht bescheiden sind gegenüber Privatinvestoren, und hier, wo die öffentliche Hand als Besitzerin viel Spielraum hat, in kleinster Runde zu arbeiten.

Ausblick: Der Meinungsbildungsprozess innerhalb der SP muss noch stattfinden, die Meinungen divergieren in Einzelpunkten, aber die oben geschilderten Vorbehalte und Alternativansätze dürften weit über diese hinaus relevant sein.

Fakt ist: Im Einzelfall können die Tauschgeschäfte Baumgarten – Rhygüetli sowie Erlenhof – Walderhöfe erst beurteilt werden, wenn die Verträge im Detail vorliegen. Die SP wird bei den einzelnen Tauschgeschäften genau hinschauen und allenfalls Alternativen ins Spiel bringen. Dabei geht es auch stark um die Übersicht: Wieviel ist effektiv an Land und Geld zu geben und zu nehmen? Und wie stellt sich dies in einem langfristigen Horizont dar?

**Boris Altmann, parteilos:** Ist das die Sicht der SP oder der SP-Fraktion?

**Markus Vetterli, SP:** Das ist aus Sicht der Fraktion, unter Einbezug von weiteren Personen aus der SP.

**Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer:** Sie will noch kurz klarstellen. Es hat keine Parteiversammlung zu diesem Thema stattgefunden. Das ist die Meinung der SP-Fraktion des Einwohnerrats.

**Claudio Götz, Pro Stein:** Er ist mehrfach darauf angesprochen worden, auch von Thomas Böhni. Er fragt sich ernsthaft, ob das Geschäft Rhygüetli – Baumgarten die gleiche Brisanz hätte, wenn es nicht um den Namen Böhni geht. Er empfindet es als problematisch, Argumente von Rechtsanwalt Marty, den er persönlich nicht kennt, in ein negatives Licht zu rücken, indem man sie mit nicht überprüfbaren Insiderinformationen verbindet. Seriöse Arbeit, welche geleistet worden ist, mit dem zu untergraben, findet

er nicht angemessen. Man darf sehr wohl anderer Meinung sein. Bei diesen Geschäften geht es doch um die persönliche Schiene, welche auf den Einwohnerrat zukommen. Dem Einwohnerrat wäre gut daran getan, dass Behauptungen, welche aufgestellt werden, auch belegt werden können. Auch in Bezug auf die paralandwirtschaftliche Nutzung vom Rhygüetli, auf welche er immer wieder angesprochen wird. Er hat vollstes Vertrauen in die Aussagen des Stadtrats, mit den Expertisen, welche sie eingeholt haben, dass es praktisch nicht möglich ist, dass dem auch so ist. Die Kostgänger sind verschieden. Solche Grundlagen in Frage zu stellen, welche vom Stadtrat erarbeitet wurden, da wehrt er sich dagegen. Speziell auch wenn man nicht genau sagen kann, warum.

**Finanzreferent Ulrich Böhni:** Er wäre dankbar als Vertreter der Stadt, wenn sich jene Leute, welche sich als Experten bezeichnen und anschliessend mit diversen Leuten sprechen auch dem Stadtrat die Möglichkeit geben, sich dazu zu äussern. Er würde jeweils sehr gerne diskutieren und Fragen beantworten. Er hatte mit einer Person sogar ein sehr langes Gespräch auf seine Veranlassung hin. Es geht nicht nur um dieses Geschäft, er würde es generell begrüssen, wenn solche Personen das Gespräch mit dem Stadtrat suchen.

Ein landwirtschaftlicher Experte wurde hinzugezogen, um die Details der Verträge, Zwischenlösungen und rechtliche Hintergründe sowie Schnittstellen zu anderen Behörden zu klären. Herr Bieri war nicht der Experte für raumplanerische Fragen. Er war nicht derjenige, der gesagt hat, dass die Strategie so und so gestaltet werden kann. Er selber hat sich auch zu Herrn Bieri ein Bild gemacht. Herr Bieri hat in den letzten Jahren unter anderem für diverse Gemeinden gearbeitet. Er steht nicht nur auf der Seite der Landwirtschaft. Es gibt genügend Beispiele. Es wurden viele Leute mit grossem Aufwand einbezogen, auch verschiedene in gleichen Bereichen und auch in den gleichen Bereichen wurde mit mehreren Personen gearbeitet, da er weiss, dass es viele Experten dazu gibt. Es kommt ihm jeweils vor, als wenn man über Schulmodelle diskutiert, es kommt einfach darauf an, wen man fragt. Jeder kann eine andere Studie zitieren, was das Beste ist. Er möchte klarstellen, dass seine Aussage nicht im Widerspruch zu der vorliegenden Stellungnahme steht. Allerdings lehnt er es entschieden ab, derartige Diskussionen in der Öffentlichkeit zu führen. Die Person, die solche Gerüchte verbreitet - und dies betrifft nicht nur eine einzelne Person - behauptet fälschlicherweise, dass der Pächter der Liegenschaft Obwald Balken herausgeschnitten habe. Dies ist schlicht falsch. Er wäre froh, wenn das intern besprochen worden wäre.

Er möchte wiederholen, dass es wichtig ist, einen grösseren Teil des Landes zu behalten. Über die Grösse des Anteils lässt sich diskutieren. Es kam zu wenig präzise heraus. Die Stadt betreibt jetzt keinen landwirtschaftlichen Betrieb, sondern verpachtet nur. Wenn man die Betriebe weiterhin behalten will, muss man Geld in die Hand nehmen und diese sanieren. Er versteht auch die Idee, die Pachtbetriebe zu behalten und im Baurecht abzugeben. Dann muss man einfach investieren, sonst geht die Rechnung nicht auf. Der aufgeschobene Unterhalt muss bis zu einem gewissen Grad getragen werden. Er nimmt die Inputs gerne entgegen und steht für Gespräche offen, auch im Rahmen der Vorlagen. Er steht für Gespräche zur Verfügung, um Fragen und Erwägungen klarzustellen.

**Markus Vetterli, SP:** Aus Sicht der SP geht es in keiner Weise um irgendeinen Namen. Das ein Familienname gleich mehrmals in verschiedener Weise vorkommt, findet er höchst unglücklich. Was im Zentrum der Diskussionen stand, sind die gewaltigen Asymmetrien. Das landwirtschaftliche Land, welches im Moment Landwirtschaftsland ist, ist zu einem sehr bescheidenen Ertragswert im Tauschgeschäft eingesetzt worden und ist darum extrem wenig wert im Vergleich zu siedlungsnahem, hochwertigen Land. Auf der einen Seite steht natürlich das marode Gebäude, welches man abgibt, auf der anderen Seite im Baumgarten-Areal sind es aber auch Gebäude, welche gut erhalten sind, wo man in einem guten Zustand entschädigen muss. Der Stadt dienen diese landwirtschaftliche Gebäude aber nicht. Diese unglückliche Situation kann man leider nicht aus der Welt schaffen. Es geht nicht um irgendwelche Gerüchte, er hat auch nicht gesagt, dass aus SP Sicht irgendeine Person bevorteilt werden soll. Die Asymmetrie dieses Tauschgeschäfts besteht aber weiterhin. Man muss sich nur vorstellen, wenn ein kleiner Teil des landwirtschaftlichen Lands im Rhygüetli in Zukunft eingezont wird, welches unmittelbar an die Bauzone grenzt. Dann wäre es dann viel mehr wert, als wenn man 7 oder 8 Millionen Franken in Gebäude investieren müsste. Das würde es in einem langfristigen Horizont zu einem Jahrhundertgeschäft machen.

**Finanzreferent Ulrich Böhni:** Er hat lediglich vom Oberwald 1 geredet, in welchem der Pächter die Liegenschaft beschädigt haben soll. Die Bewertungen, wie sie soeben gesagt wurden, sind nicht so.

Welche Ländereien zu einem Betrieb gehören und welche nicht, ist Gegenstand der Abklärung. Investieren muss man, da wird man nicht herumkommen.

**Claudio Götz, Pro Stein:** Die Frage, ob landwirtschaftliches Land in eine Bauzone umgewandelt wird, ist auch an der öffentlichen Informationsveranstaltung beantwortet worden. Schlussendlich entscheidet der Einwohnerrat und das Stimmvolk, was Bauland wird, und nicht einzelne Landbesitzer. Da hat auch die SP eine Absicherung, damit niemand Multimillionär mit diesem Geschäft in 50 Jahren wird. Das muss man sich bewusst sein.

**Markus Vetterli, SP:** Ob etwas eingezont wird, hängt hoffentlich nicht einfach davon ab, ob die Stadt es besitzt oder nicht, sondern es wird die Siedlungsentwicklung unter Berücksichtigung der aktuellen Gesetzgebung betrachtet. Es macht dann einfach einen gewaltigen Unterschied, ob das Land der Öffentlichkeit gehört oder einem Privaten. Es wäre eine höchst attraktive Wohnlage, die sich unmittelbar neben einer Bauzone befindet.

**Claudio Götz, Pro Stein:** Da wird die Stadt nie Land verkaufen können.

**Finanzreferent Ulrich Böhni:** Das sind auch Gegenstände der Abklärung zur Sicherung der Interessen der Stadt. Eine Einzonung wird man vermutlich irgendwann machen müssen, wenn die Bevölkerung weiterhin so wächst. Es gibt dann verschiedene Möglichkeiten, die man sich vorstellen kann. Wenn es eine Einzonung nach BLN gibt, dann müsste der Bund in 50 Jahren einen gewaltigen Meinungsumschwung machen. Es gibt dazu auch Sicherungsmassnahmen. Es gibt viele Gedanken dazu, viele sind unrealistisch. Dieses Gebiet einzuzonen erachtet er als unrealistisch. Man kann dies natürlich vertieft diskutieren. Es sind Projekte, die man unterschiedlich anschauen kann und nun ausgearbeitet werden müssen. Es ist noch nicht so, dass man sagt, so ist es. Man wollte nur informieren. Es wird zu gegebener Zeit dazu Diskussionen und Vorlagen geben. Er hofft, dass man in diesem Prozess weiterkommt. Der Prozess bis anhin ging zu lange. Viele Gemeinden waren erstaunt, dass man sich überhaupt an dieses Geschäft herantastet.

**Claudio Götz, Pro Stein:** Er findet es super, dass versucht wird gemeinsam mit den Landwirten nach Lösungen zu suchen. Das ist hoch zu gewichten.

---

## 5. Informationen und Umfrage

**Baureferent Christian Gemperle:** Er bedankt sich bei allen, welche an der Informationsveranstaltung Neugestaltung Schifffländi teilgenommen und sich an den Diskussionen beteiligt haben. Die Diskussion ist wichtig. Man hofft, dass die Stadt einen Schritt vorankommt. Es geht um die Zukunft von Stein am Rhein. Stein am Rhein wird in vielen Richtungen entwickelt. Ob sich die Stadt so entwickeln kann, wie sich der Stadtrat es vorstellt, wird das Volk entscheiden.

Zum Schulhaus Schanz: Es gab eine lange Planungsphase, nach Ostern geht es endlich los. Zuerst wird das Provisorium aufgestellt. Nach den Sommerferien geht es mit der Sanierung los. Momentan ist man in der Phase der Submissionsvergaben.

**Boris Altmann, parteilos:** Wurde das Provisorium genehmigt?

**Baureferent Christian Gemperle:** Ja.

**Peter Spescha, SP:** Hat der Stadtrat darüber nachgedacht, eine Leinenpflicht für Hunde am Rhein entlang der Schifffländi und bei den Pontonieren einzuführen? Es sind unhaltbare Zustände.

**Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer:** Ja, die Stadt plant das. Es gab viele Beschwerden von Badegästen, die gestört wurden von freilaufenden Hunden. Es gibt halt auch sehr viele Hunde. Der Stadtrat wird in Erwägung ziehen, eine Leinenpflicht für Hunde in öffentlichen Anlagen einzuführen. Dies wird nicht nur das Strandbad betreffen, sondern auch das Gelände bei den Pontonieren. Dies muss zusammen angeschaut werden.

**Roman Suter, FDP:** Warum bei den Pontonieren?

**Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer:** Dort gibt es Badegäste und freilaufende Hunde. Wie es im letzten Sommer war, war wirklich unhaltbar. Es gibt dort viele Menschen, darunter auch Kinder und Spaziergänger.

**Roman Suter, FDP:** Dann wird das nächste Gebiet die Chlingenwiese sein, dort gibt es auch viele Hunde. Es stellt sich dann die Frage, wo man beginnt und wo man aufhört.

**Peter Spescha, SP:** Es ist auch eine Frage der Anzahl an Leuten, welche sich am jeweiligen Ort aufhalten. Es gibt seiner Meinung nach ein Zivilisationsproblem, alle brauchen einen Hund. Wenn man den Hundebesitzern etwas sagt, interessiert es sie nicht wirklich. Wenn man jedoch nichts sagt, unternimmt man auch nichts.

**Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer:** Zu vielen Zeiten wäre eine Leinenpflicht nicht nötig. Aber wie bei den Velofahrern gibt es Spitzenzeiten, welche eine Regelung nötig machen. Es gibt viele Leute, welche sich durch die Hunde gestört fühlen.

**Roman Suter, FDP:** Der Vergleich mit den Velofahrern ist super. Diese reagieren vereinzelt auch nicht immer nett.

**Finanzreferent Ulrich Böhni:** Die Stadt hat mit dem Pontonierverein einen Baurechtsvertrag zur Nutzung der Pontonierhütte abgeschlossen. Es gab verschiedene Rechtsverhältnisse, die ungeklärt waren. Es hat sich ergeben, dass es die beste Lösung ist, einen Baurechtsvertrag über die Nutzung der Hütte mit ihrem Umland abzuschliessen, welcher auch Unterhaltungspflichten enthält. Die öffentlichen Interessen, welche sehr sensibel sind, einschliesslich des Badeplatzes, sind nicht tangiert und war ein nicht verhandelbarer Grundsatz. Das öffentliche Interesse wird nicht berührt, es wurde lediglich eine rechtliche Klärung für die Nutzung, den Unterhalt etc. vorgenommen.

Weiter ist die Ausschreibung für die Sanierung des Rathauses, Steinbock und Zeughaus auf gesamtschweizerischer Ebene am Laufen. Es wurden 18 hochwertige Angebote für die Sanierung eingereicht, sowohl von renommierten als auch regionalen Büros. Nach einer Präqualifikation wurden sieben Büros ausgewählt, die detaillierte Bearbeitungsaufträge und Vorbereitungsdossiers erhalten haben. Diese Büros müssen zahlreiche Fragen beantworten. Beim Wettbewerb handelt es sich nicht um einen Studienauftrag nach SIA-Richtlinien, sondern um ein Planerwahlverfahren basierend auf hoher Architekturkompetenz nach neuer Revision. Die Tatsache, dass die meisten Büros ihre leitenden Architekten zur geplanten Besichtigung geschickt haben, deutet darauf hin, dass mit grossem Engagement gearbeitet wird. Der Einwohnerrat ist eingeladen, im weiteren Prozess teilzunehmen.

**Ruth Metzger, SVP:** Sie möchte betreffend dem Anhörungsrecht für Jugendliche informieren. David Böhni und sie waren eingeladen, das Schülerparlament in der Schule Hopfengarten zu besuchen. Es waren 13 Schülerinnen und Schüler plus der betreuende Lehrer und der Schulleiter anwesend. David Böhni hat mittels einer PowerPoint-Präsentation den Prozess erläutert. Im Anschluss wurde eine Kurzfassung an die Schülerinnen und Schüler abgegeben und Unterschriftenbögen verteilt. Die Schülerinnen und Schüler sind bereits am Sammeln von Ideen. Sie geht davon aus, dass bald einmal etwas in den Rat kommen wird.

**Gesellschaftsreferentin Carla Rossi:** Das Treffen war in der Schanz?

**Ruth Metzger, SVP:** Nein, in der Hoga.

**Gesellschaftsreferentin Carla Rossi:** Dies findet sie speziell. Ihr liegt ein Protokollauszug vor, in welchem erwähnt ist, dass die Schülerinnen und Schüler kein Interesse haben.

**Ruth Metzger, SVP:** Doch, das Interesse war vorhanden.

**David Böhni, SVP:** Die Schülerinnen und Schüler hatten nur keine Freude, dass das Treffen in der Pause stattfand.

**Finanzreferent Ulrich Böhni:** Im März 2024 wird endlich mit der im Budget bereits zweimal vorgesehenen Kugelfangsanie rung gestartet. Weiter ist ihm zu Ohren gekommen, dass die Stadt beabsichtigt, das Jugendcafé aus dem Eggli Haus zu schmeissen. Zur Klärung, das Eggli Haus kann als Jugendcafé weiter

benützt werden, aber der Zustand ist schlecht. Mit der allfälligen Neuerschliessung des Eggli Areals im Zusammenhang mit einer eventuellen Unterführung könnte sich dies ändern. Es wurden Gespräche mit der Gesellschaftsreferentin, dem Betreiber des Jugendcafés und den Nachbargemeinden geführt. Es steht zur Debatte, das Schützenhaus zur Verfügung zu stellen, wenn das gewünscht wird. Diesbezüglich werden Abklärungen getätigt.

**Gesellschaftsreferentin Carla Rossi:** Sie möchte zusätzlich ergänzen, dass in einem nächsten Schritt die Jugendlichen abgeholt werden. Es soll ein Anlass im Schützenhaus stattfinden und man möchte fühlen, wie die Jugendlichen auf das Schützenhaus reagieren. Man möchte nicht nur auf die Äusserungen der Eltern hören. Man hofft, dass die Jugendlichen die Vorteile davon sehen, und dass sie den Raum, welchen sie bereits seit längerer Zeit wünschen, dort finden. Der Anlass sollte noch vor den Frühlingsferien stattfinden. Pro Junior wurde darauf aufmerksam gemacht, dass sie das in die Hand nehmen sollen. Leider gab es noch keine Rückmeldung dazu, darum wird sie nochmals nachfragen.

**Werkreferentin Irene Gruhler Heinzer:** Am 20. März 2024 findet eine öffentliche Infoveranstaltung mit dem Kanton zusammen zu Tempo 30 und Auswertungsmassnahmen auf Kantonsstrassen statt.

Weiter ist an der Schifffländi der erste Baum der Kastanienallee beim Schiffssteg in einem schlechten Zustand. Die Stabilität ist durch eine Wurzelfäulnis beeinträchtigt. Es könnte passieren, dass er bei einem Sturm umfällt. Daher wird er ersetzt. Sie wollte das nochmals mitteilen. Dies hat keinen Zusammenhang mit der Neugestaltung der Schifffländi.

**Stadtpräsidentin Corinne Ullmann:** Mit Schaffhauserland Tourismus hat die Stadt eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen, weil der Kanton auch eine Leistungsvereinbarung mit Schaffhauserland Tourismus abgeschlossen hat. Das Ganze hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Im Budget sind jeweils CHF 40'000.00 eingestellt gewesen. Dieses Geld ging jeweils an Tourismus Stein am Rhein, was nun Schaffhauserland Tourismus überwiesen wird. Die Leistung kommt aber direkt zurück, in Form der Betreuung des Tourismusbüros. Sie haben aber auch weitere Aufgaben. Es ist nun notwendig, die Zuständigkeiten des Vereins Tourismus Stein am Rhein und des Schaffhauserland Tourismus zu präzisieren. Mit dem Verein Tourismus Stein am Rhein strebt man ebenfalls bis zum Ende des Jahres eine Leistungsvereinbarung an.

Am Dienstag hat eine Kick-Off-Sitzung betreffend Besucherlenkung stattgefunden. Die Stadt wird Gelder vom Bund beziehungsweise vom Kanton erhalten, ähnlich wie beim Rheinflall, wo bereits entsprechende Massnahmen ergriffen werden. Es wurde eine Präsentation gezeigt, in der beispielsweise die Verwendung von QR-Codes für das Lotsen von Touristen vorgeschlagen wurde. Es wird angestrebt, das gesamte Vorhaben interaktiver zu gestalten und eine bessere Sichtbarkeit zu gewährleisten, einschliesslich der öffentlichen Toiletten. Es handelt sich um ein umfangreiches Projekt mit vielen Kosten. Sie wird den Einwohnerrat über den Fortschritt informieren.

## **Einwohnerrat Stein am Rhein**

Waltraud Zepf Getto  
Einwohnerratspräsidentin

Philipp Baumberger  
Protokollführer